

Wöchentliche Anzeiger

für Deuchern

und Umgegend



Abonnementpreis: Die sechsmonatliche Korrespondenz 50 Hg. Restante 1.— Mk.

Abonnementpreis in der Post: Die sechsmonatliche Korrespondenz 10. 50 Hg. Restante 8 1/2 Hg. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.

Erscheinet wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 8 Uhr für den folgenden Tag.

Stichtaglicher Bezugpreis: durch unsere Geschäftsstelle 5.50 Mk. von unsern Seiten ins Haus gebracht 6.00 Mk. und durch den Briefträger 6.20 Mk. Einzelnummer 20 Hg.

Stichtagliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Poststraße 10, auch von unsern Seiten aus allen Postämtern angenommen.

Ämliches Verkündigungsblatt für die Stadt Deuchern.

Nr 18

Donnerstag, den 10. Februar 1921.

60. Jahrgang

Auf dem Wege nach London.

Die Londoner Konferenz am 1. März. Es kann nunmehr als sicher gelten, daß die Londoner Konferenz am 1. März beginnen wird. Londoner wie Pariser amtliche Mitteilungen wie auch die offizielle Einladung an die Reichsregierung bestätigen dies. Ebenso ist auch mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß die deutsche Regierung der an sie ergangenen Einladung Folge leisten wird. Denn sie saß ja auf dem Standpunkt gestellt, daß zwar die Entwaffnungsbedingungen ganz unmöglich für uns sind, wir aber alle Verhandlungsmöglichkeiten ausnützen müssen, um mindestens doch noch eine mögliche Lösung des Entschädigungsproblems zu erreichen. Auch wenn das für uns nicht gelingen sollte, so darf sie sich doch keine Gelegenheit entgehen lassen, ihren Willen, zu einer Verständigung zu kommen, zu zeigen. Und die einzige noch vorzuziehende, aber auch letzte Möglichkeit dazu ist die Londoner Konferenz.

Die Vorbereitung der deutschen Gegenvorschläge. Das Deutschland auf ihre Gegenvorschläge vorbringen kann und daß sie auch — eventuell — beachtet werden können, hat Lloyd George ja in seiner Birminghamer Rede gesagt. So ist die Reichsregierung dabei, ihre Gegenvorschläge auszuarbeiten. Welcher Art diese sind und wie weit sie gehen, darüber verläutet nichts. Einer ersten Forderung von deutschen Vorschlägen stehen ja noch zu viele Schwierigkeiten und Ungelegenheiten entgegen. Man denke nur an Obersteifen, sein Schicksal beeinflusst die deutsche Leistungsfähigkeit wesentlich, sein Verlust könnte sie unter Umständen gänzlich unterbinden. Andererseits hat sich aber die Reichsregierung an den Friedensverträgen gebunden, sie ist also verpflichtet — und hat auch die ehrliebe Pflicht, diese Verpflichtung zu erfüllen — die den Entente-Staaten durch den Krieg tatsächlich entstandenen Schäden zu ersetzen. Diese tatsächlichen Schäden sind aber überhaupt noch nicht von der Reparationskommission festgestellt, obwohl sie nach dem Vertrag als Basis der Entschädigungsforderungen dienen sollen. Außerdem sind die Schätzungen der Deutschen und beispielsweise der französischen Regierung über die Höhe dieser Schäden, und die Höhe der Summen, die Deutschland bereits bezahlt hat, sehr verschieden. Trennung der Entwaffnungs- und der Entschädigungsfrage.

Angesichts dieser Schwierigkeiten ist es verständlich, daß die Reichsregierung noch nicht zu einem festen Gegenvorschlag gekommen ist. Man hat sich aber noch eine andere Schwierigkeit mehr verhandlungstatföher Art herausgestellt, die erst überwunden werden muß, ehe die endgültige Stellung der Reichsregierung zur und eventuell auf der Londoner Konferenz festgelegt wird. Die in Paris behandelten Fragen — sowohl sie Deutschland betreffen, seien sie bekanntlich in zwei große Gruppen, in das Problem der Entwaffnung und das der Entschädigung. Beide Fragen hatten die Entente-Diplomaten bisher immer sehr gekoppelt gegeneinander ausgegliedert, denn beide sind von schwerwiegender Bedeutung für Deutschland. Durch Konzessionen in der einen Frage suchte man um so härtere Forderungen in der anderen durchzusetzen, ein andermal schien man wieder in der zweiten Frage mehr nachgeben zu wollen, wurde aber um so energischer bei der Behandlung der ersten. Durch dieses abwechselnde, gekoppelt geleitete Kreuzfeuer suchte man uns müde zu machen und endlich im schließlichen in beiden Entstellungen eine Position nach der anderen. Auf der letzten Pariser Konferenz machte man nun gewiß, wenn auch für uns immer noch kaum annehmbare Konzessionen in der Entwaffnungsfrage und stellte demgegenüber umso wahrnehmere Entschädigungsforderungen auf.

Die Reichsregierung hat nun einen ähnlichen Standpunkt eingenommen, auch sie will beide Fragen getrennt behandeln. Zur Entwaffnungsfrage sagt sie, das nur, wenn die Entente nicht nachgibt, nichts anderes übrig bleibt, als den letzten Ententebedingungen im wesentlichen nachzukommen, denn es handelt sich hier um Verpflichtungen, die wir nun einmal dadurch, daß wir den Friedensvertrag unterschrieben haben, erfüllt haben. Entschädigungsfragen, die den Vertrag überschreiten, will sie natürlich nicht erfüllen. Die Entschädigungsforderungen lehnt sie dagegen als unerfüllbar ab.

Stufe in Bayern. In der gemeinsamen Konferenz der Reichsregierung mit den Ministerpräsidenten der Einzelstaaten am vergangenen Sonnabend hat aber die bayrische Regierung den Standpunkt betreten, daß die Entwaffnungs- und die Wiederentwaffnungsfrage der Entente als Ganzes zu betrachten und zu behandeln sei, und daß daher die Ablehnung sich ebenso auf die Entwaffnungsfrage auswirken müsse. Obwohl er in dieser Auffassung allein steht, will Herr v. Auer nicht von seinem Standpunkt ablassen. Diese plötzlich auftretende Differenz mit Bayern ist unter Umständen geeignet, die deutsche Einheitsfront zu erschüttern. Alle anderen Verbündeten sind

Entscheidungen mühen zurückgestellt werden, bis die Stellungnahme Bayerns erfolgt ist. Man ist sich auch in München des Grades der Situation wohl demut und wird es wohl kaum zu einer Zerschlagung der Einheitsfront kommen lassen. Herr v. Auer hatte sich allerdings bei der Berliner Ministerkonferenz darauf festgelegt, daß mit seinem Rücktritt zu rechnen ist. Zur Zeit, da diese Zeilen geschrieben werden, finden in München die entscheidenden Stimmungen statt, deren Ergebnis im nächsten Heft mit Spannung erwartet ist. Alles im alten Kanal, es ist aber auch hier der erste Schritt nur um Bestimmtheiten der Auffassung über die Verhandlungsstatföher Deutschlands in London. Im Grundprinzip, in der Ablehnung aller unmöglichen, widerrechtlichen und unerfüllbaren Forderungen bleibt die Einigkeit bestehen, und viele Einzelheiten sind ungewiß.

Einmal geht nach London. Das Bundesratige Amt hat das Berliner französische Botschaft mitgeteilt, daß die deutsche Regierung die Einladung für die Londoner Konferenz unter der ausdrücklichen Voraussetzung annimmt, daß auch die deutschen Gegenvorschläge auf der Konferenz zur Beratung gestellt werden.

Die Preußenwahlen.

Die amtlichen Landeslisten zur Freireichswahl werden jetzt im Staatsanzeiger veröffentlicht. Es handelt sich im ganzen um „nur“ 12 Parteien die folgende Vorschläge eingereicht haben: Landesparlamentarische Partei (S. P. D.), Otto Braun, Kreisliche Landesparlamentarische Partei und 23 weitere Parteien; Nr. 2. Reichspartei. Abg. Dr. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 3. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Krause, Staatssekretär a. D. und weitere 16 Bewerber; Nr. 4. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 5. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 6. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 7. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 8. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 9. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 10. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 11. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber; Nr. 12. Sozialdemokratische Partei. Abg. Dr. v. Kersch und weitere 11 Bewerber.

Zusammentritt des Landtags am 10. März. Das preussische Staatsministerium hat sich Dienstag mit der Einberufung des neuen Landtages beschäftigt und für den Zusammentritt den 10. März in Aussicht genommen. Man glaubt, daß bis zum 3. März die vollständigen Wahlergebnisse eingegangen sein werden, so daß die Abgeordneten in der Zeit vom 8.—10. März in Berlin sein können. Der Landtag wird sich zuerst mit der Regierungsbildung beschäftigen. Aus „technischen Gründen“ sind die Wahlen zu den Landtagsabgeordneten auf den 20. März verschoben worden. Die Frist für die Einreichung der Wahlvorschläge läuft mit dem 6. März ab.

Das „Neue Preußenparlament“. Der 2ter Ausschuss der Preussischen Landesversammlung, der bis zur Wahl des neuen Landtages die notwendigen Aufgaben des Parlaments wahrnehmen soll, ist am Dienstag zusammengetreten. Er wählte zu seinem Vorsitzenden den bisherigen Vorsitzenden der Landesversammlung Seiner E. (S. P. D.), zu seinem Stellvertreter die Abg. Dr. Borck (Z. L.), Frenkel (Z. L.) und Dr. v. Kries (Z. L.). Es ist die gleiche Zusammenfassung wie in der alten Landesversammlung. Der Ausschuss nahm die Notverordnung über die Veränderung der Besetzungsberechnung auf Grund der Beschlüsse der Besetzungskommission an. Ferner wurde angenommen die Notverordnung über Wahlvorschläge zum Grundgesetz und Entwurf des Staatsbeamten-Gesetzes.

Bur Lage.

Belgischer Verzicht auf die Beschlagnahme deutscher Eigentums. Der belgische Senat hat dem Reichsminister des Auswärtigen am 5. d. M. folgende Note übergeben: Die belgische Regierung beabsichtigt nicht, von dem ihr nach dem Friedensvertrag zuzurechnenden Recht, das Eigentum der deutschen Staatsangehörigen zu beschlagnahmen, Gebrauch zu machen, für den Fall, daß Deutschland gegen seine Verpflichtungen absichtlich verstoßen würde. Dieser Verzicht bezieht sich auf deutsches Eigentum in Belgien, seinen Kolonien oder den von ihm verwalteten Gebieten, einschließlich insbesondere der Bankguthaben ebenso wie auf Fahrzeuge und Schiffe in belgischen Häfen. Dies gilt ebenso von Waren an Bord belgischer Schiffe oder Fahrzeuge oder von nach Belgien transportierten Waren. Von zuzurechnender Seite wird besonders darauf hingewiesen, daß der von Belgien ausgesprochene Verzicht in verschiedener Hinsicht vorteilhaft ist als der von der britischen Regierung bereits früher ausgesprochene Verzicht. Es wäre zu wünschen, wenn der belgische Schritt dazu beitragen würde, den von dem Krieg selbstverursachten Grundlag der Unverletzlichkeit des Privatigentums im Frieden wieder zur Geltung zu bringen.

Deutsche Seelute in Antwerpen. Wie die Brüsseler „Anbender“ meldet, ist es im Hafen von Antwerpen anfänglich der Winterzeit deutscher Seelute zu Unfällen gekommen. Die Hafenverwaltung verlangt, daß die Belagung deutscher Schiffe an Bord bleibt und sich nicht in der Stadt bewegt. Diese Vorkehrungsmaßnahmen, so schreibt das Blatt, seien notwendig, um zu verhindern, daß Leute ohne Erlaubnis in die Belgien anfallen, deren Unwesenheit nicht erwünscht ist.

Die Märsche in Irland. Aus Dublin wird gemeldet, daß unbekannte Personen am Sonnabend das historische Schloss in Summerfield in Brand steckten. Die Täter schlugen ein Tor ein, gossen in das Schloss eine Menge Petroleum und legten dann Feuer an. Der angestrichelte Schaden beläuft sich auf 100.000 Pfund Sterling. In Dublin erfolgte am Sonnabend ein Angriff gegen die Polizei, der schließlich in eine wilde Schlägerei ausartete. Es wurden Bomben geworfen, wodurch zwei Zivilisten getötet und andere schwer verletzt wurden. Eine Stunde später begann ein Schneesturm. Die Zahl der Vermundeten konnte noch nicht festgestellt werden. Mehrere Ungeheuer wurden ein vorübergehendes Militärkranz angreifen und der auf ihn befindliche Offizier schwer verwundet. In einer benachbarten Straße fand man eine Anzahl Revolver und Bomben. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen, jedoch steckte die Polizei als Verhaftungsmahnahme und um den Tod eines ihrer Kameraden zu rächen, fünf Häuser in Brand.

Ein amerikanischer Entschädigungsplan. Ein amerikanischer Senat hat Senator France eine Entschädigung eingereicht, um die Frage der Abzahlung der Schulden der Alliierten aufzurollen. Gleichzeitige reichte er einen Vorschlag bezüglich der Frage der deutschen Entschädigung ein. Dieser enthält folgende Punkte:

- 1. Verabfolgung des deutschen Schuldenerlasses auf 1. Milliarden Dollars (60 Milliarden Goldmark) oder 28 Jahresraten von je einer Milliarde Dollars (4 Milliarden Goldmark). In dieser Zahlen sind die Zinsleistungen enthalten.
- 2. Deutschland wird ein Kredit von 5 Milliarden Dollars (20 Milliarden Goldmark) in Gold für die deutsch-amerikanischen Kolonien und die deutschen Telegraphenbetriebe eingeräumt, die von der Entente während des Krieges mit Beschlag belegt worden sind.
- 3. Die Vereinigten Staaten werden beim Ankauf der früheren deutschen Kolonien und Rabel bevorzugen, und zwar zum Gesamtbetrag von 5 Milliarden Dollars. Dieser Betrag wird von der Entente der Schäden der Alliierten in Amerika abgeschrieben.

Berlin. Der bisherige Inspekteur der preussischen Schutzpolizei, Gehobrat von Friedhoff, ist vom Minister des Inneren, Severing, sichtlich seines Amtes enthoben worden.

Deffau. Im anhaltischen Kreis Zerbst sind nach amtlicher Mitteilung mehr als 120.000 Zentner Brotgetreide, das sind über 70 Prozent des Winterertrags, nicht zur Mäherung gekommen.

Saarbrücken. Am ganzen Saargebiet ist das gesamte technische Zeitungspersonal in den Streit getrieben. Seit dem 6. Februar ist keine Zeitung mehr erschienen.

Danzig. Zur Vereinfachung des deutschen und preussischen Staatsigentums in Danzig ist von der Besetzungskommission eine Kommission eingesetzt, die aus den englischen, deutschen, italienischen und den französischen Konsuln besteht.

Danzig. Die Hauptverhandlungen zwischen Danzig und Polen zur Festlegung der noch stehenden Punkte des Danzig-Polnischen Staatsvertrages werden am 1. Februar in Warschau beginnen.

Dresden. Nach den neuesten Meldungen ist im Saargebiet die Kaiserin keine wesentliche Veränderung eingetreten. Der Zustand ist dauernd fest ernt.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leipzig, den 4. Februar 1921.

Das Doppelte Gehalt des Steuer. Es wird jetzt von Entlohnungen der Arbeiter die Gebühre-Berächtigungen hinsichtlich des Verkaufspreises gemacht, da außer der Strafe für die Steuerüberziehung sich auch andere schwere Nachteile ergeben können. Auf der anderen Seite wird aber darüber fortgegangen, daß der Steuerbeitrag für die Arbeiter unter Umständen den Stand vom 30. 6. 1919 bei der Deklaration für das Reichsnotopfer (Stand vom 31. 12. 1919) im Abzug oft nicht gebracht werden konnte, weil er dem Steuerpflichtigen damals noch nicht mitgeteilt worden war. Es sind hierzu Anträge auf Abänderung der Deklaration eingereicht.

Berücksichtigung der Güterart. Die künftige Tarifkommission beim Reichsverkehrministerium hat eine Vorlage beschlossen, die eine Erhöhung der Gütertarife um 60 bis 90 Prozent vorsieht. Für Rohstoffe und Maschinengüter wird eine Erhöhung um 60 Prozent, für Fertigfabrikate um 90 Prozent vorgeschlagen. Man rechnet mit einer Mehreinnahme von neun Milliarden (1) nach diesen Tarifänderungen.

Die Durchführung der Güterartenerhöhung. Bei der Durchführung der künftigen ausgleichenden Tarifumstellung haben sich Schwierigkeiten ergeben, indem in einzelnen Gegenden Bedenken gegen die Höhe der dem einzelnen zur Lieferung auferlegten Menge erhoben worden sind, und allgemein darauf hingewiesen wird, daß die Landwirte damit gerechnet hätten, den von ihnen angekauften Samen in ihrer bisherigen Weise zur Verfügung zu stellen. Den Schwierigkeiten soll dadurch Rechnung getragen werden, daß einem Befehl des Staatsratsvorsitzenden des Reichstages entsprechend, den Landwirten, die 50 Proz. ihres Lieferungsstills erfüllt haben, für die weitere Lieferung Mais oder Weizen für einen dem Samen entsprechenden Preis zur Verfügung gestellt werden. Im Verbandsrat mit diesen Maßnahmen ist dieser Tage eine Verordnung ergangen, die im Anschluß an die bereits vor längerer Zeit ergangenen Verfügungen besagt, daß Landwirte, die ihrer Lieferungsverpflichtung nicht nachkommen, das Preisrecht des Samens für sich behalten dürfen, wenn sie bei nachweislichem Mangel an Samen eine Bewilligungsbefehle die Zahlung nachsuchen.

Beräumung der Vereinigung selbständiger Handl. und Gewerbetreibender. Als Gäste und Referenten waren die Herren Berger und Edel aus Weiskirchen anwesend. Es erregte scharf u. a. die großen Mängel der Zwangsvereine und wies vor allem auf die Mängel hin, die diese verursachen. Die große Unkosten würden allen kommunalisierten und sozialisierten Betrieben

durch das nötig werdende Dem. - Ver., unpraktische Handhabung der Gesetze u. m. erwachsen. Der Zusammenbruch des wertvollen Mittelstandes würde die Folge sein. Ein Beispiel, wobei die vollständige Sozialisierung führe, zeigt die russischen Verhältnisse, die trotz aller Bemühungen der russischen Machthaber sich nicht ändern werden, bevor das wirtschaftliche Leben dieses unglücklichen Landes neu ausgerichtet werde. Unfer jegliche Regierung ist nicht mächtig genug, um den Sozialisierungsbehörden auf die Dauer widerstehen zu können. Es liegt deshalb im Interesse aller Mittelständler bei den kommenden Wahlen nur festes Mandat ihre Stimme zu geben, die gegen die Sozialisierung und Kommunalisierung sind. Ein fester Zusammenschluß aller Mittelständler ist notwendig. Er empfahl den Anschluß an den Handwerkerbund. Für die nächsten Reichstagswahlen möchte eine starke Handwerkerorganisation geschaffen werden, damit es dem Handwerk möglich werde, eine größere Zahl eigene Abgeordnete in den Reichstag zu bekommen. Die meisten der jetzigen Abgeordneten haben keine Ahnung von dem, was dem Handwerk nützt. Am allgemeinen müsse in Deutschland wieder eine vernünftige innere Politik betrieben werden, damit wieder Ordnung, Gerechtigkeit und Ehrlichkeit einträte. Sonst würden wir nie wieder dem Ausland gegenüber kreditfähig werden. Die Seidene müße fertig unterstellt werden, um zureichende Mittel zu haben. Der Arbeiter soll mit, daß für die diesmaligen Landtagswahlen 50 Handwerker an vorteilhafter Stelle seien. Vor allem sei es notwendig, daß alle zur Wahl gehen um es dem Kandidaten zum Erfolg zu verhelfen, der für das Handwerk eintreten wolle. In der Versammlung wurde dann beschlossen auch in diesem Jahre in Gemeinschaft mit dem Magistrat für die hiesigen Wahlen tätig sein. Aus der Versammlung wurde angeregt, Entwürfe einzulegen über die zur Eingebung des hiesigen Rittergutes nötigen Schritte. Es wurden 8 neue Mitglieder aufgenommen. Die Vereinigung besteht nunmehr aus 135 Mitgliedern. Als Beisitzer für das Gewerbegericht für den Landkreis Weiskirchen wurden mehrere Herren in Vorschlag gebracht.

Diebstahl. In der Nacht vom Montag zu Dienstag wurde dem Rittergutsbesitzer Knobe in Unteressa 5 Schweine (4 im Gewicht von je 2 Zentnern und ein fettes) gestohlen. Die Tiere wurden an Ort und Stelle geschlachtet und das Fleisch vertrieben.

Justiz-Konk. 3. B. C. I. - Ep. v. Teuchern I 2:2 (1:2) abgehoben. Beide Mannschaften stellten sich am vergangenen Sonntag dem unparteiischen Schlichter Junglar (Teuchern-Verlag) im fälligen Verhandlungspunkt auf

hiesigen Sportplatz am Bahnhof gegenüber. Mit Aufbruch des 3. B. C. entwidete sich sofort ein heftiges, offenes Spiel. In der 20. Minute führte ein guter Durchbruch des hiesigen Stürmers zum ersten Erfolg. In dem 25. Minuten bedrangten nun die Gäste das gegnerische Tor und es dauerte nicht lange, da ist der Erfolg da. Bis zur Halbzeit kann Teuchern durch einen Bombenschuß des Linksverteidigers zum zweiten Erfolg kommen. Die Partie sieht Teuchern mit 2:1 in Führung. Mit Halbzeitbeginn hielt 3. B. C. um, aber es erging auch nichts anderes auf dem Platz. Im Gegenteil, es macht sich zeitweise die Überlegenheit Teucherns bemerkbar. Durch ein Gedränge vor Teucherns Tor haben die Gäste Gelegenheit, den Ausgleich zu schaffen. 30 Minuten vor Schluß weist der Schlichter das Spiel wegen nicht mehr vorhandener Spielfähigkeit des Platzes plötzlich ab und beide Mannschaften trennten sich mit einem 2:2-Resultat. Schiedsrichter leitete das Spiel einwandfrei. Auf das Wiederholungsspiel darf man gespannt sein.

Teuchern. Am Donnerstag findet im „Löwen“ ein Gastspiel des Teuchern Stadt-Theater, Direktion Kurt Hermann statt. Zur Aufführung gelangt die neueste Operette vom Jean Gilbert, die am Theater des Westens in Berlin schon über 100 Vorstellungen erlebte und noch fortgesetzt volle Häuser erzielt. Der ersten Liebe goldene 3. etc. Es wird am recht zahlreiche Beteiligung erwartet, da bei den hohen Unkosten keine weiteren Gastspiele stattfinden können. Der Welterverkauf befindet sich im Abzug.

Werb. 8. Febr. (Ankunft auf Belegung des Leinwandstilles). Die Arbeiterschaft des Leinwandstilles der Werksleitung hatte ein bis Montag mittag beschriftetes Ultimatum in der Frage der Einführung der 48-Stunden-Arbeit, wurde überreicht. Der Konflikt dürfte gütlich beigelegt werden, da die Direktion sich bereit erklärt hat, in Verhandlungen über die Forderung einzutreten entgegen ihrem bisherigen Standpunkt. Die Verhandlungen haben gestern mittag zwischen Direktor, Betriebsrat und den Leinwand-Arbeitern stattgefunden. Es darf angenommen werden, daß für Ergebnis die Aktion, den Streik, verhindert.

Berührung der Witwe des Prinzen Herzog 18. Die „Schleifische Volkszeitung“ meldet die Vermählung der Witwe des Prinzen Herzog 18., geborenen Prinzessin Charlotte von Mecklenburg - Schwerin, mit Rittmeister Schwab.

Sommersprossen - weg! Lebensgefährdungen teils unentgeltlich mit, auf welche einfache Weise ich meine Sommersprossen gänzlich beseitige. Frau. Elisabeth Ehrlich, Frankfurt a. M. Schicksal 47.

Bekanntmachung.

Wahl der Beisitzer für das Gewerbegericht des Landkreises Weiskirchen in Teuchern.

Die Amtsblätter der jetzigen Beisitzer des Gewerbegerichts läuft mit Ende März 1921 ab. Es hat deshalb die Wahl von 12 Beisitzern auf die Dauer von 4 Jahren zu erfolgen. Es sind von den Arbeitgebern der gewerblichen Betriebe und von den Arbeitern und Arbeiterinnen in gewerblichen Betrieben je sechs Beisitzer zu wählen.

Zeit und Ort der Wahlen. Die Wahlen finden am Sonntag den 13. März 1921 im Stadtbürgermeister-Sitzungsraum in Teuchern wie folgt statt:

- a) von vormittags 9-10 Uhr für die Arbeitgeber,
- b) von nachmittags 10^{1/2} bis nachmittags 1 Uhr für die Arbeitnehmer.

II. Wahlbarkeit der Beisitzer.

Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus den Arbeitgebern zur Hälfte aus den Arbeitern entnommen werden. Als Arbeitgeber gelten diejenigen selbstständigen Gewerbebetriebe, welche mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen. Der Arbeiter hat die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbstständigen Gewerbebetriebe, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 30 000 Mk. übersteigt. Die Arbeiter sind gleich: Betriebsbeamte, Meister und mit höheren technischen Dienststellungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 30 000 Mk. nicht übersteigt. Hausgewerbetreibende sind, sofern sie selbst mindestens einen Arbeiter regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigen, als Arbeitgeber oder als Arbeiter wählbar. Zum Mitglied des Gewerbegerichts kann nur gewählt werden, wer das 20. Lebensjahr vollendet hat. Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, können nicht gewählt werden. Dasselbe gilt von Mitgliedern einer Innung, für welche ein Schiedsgericht (vergleiche oben unter II) errichtet ist, und deren Arbeiter.

III. Wahlberechtigung.

Zur Teilnahme an den Wahlen sind nur berechtigt:

- a) solche Arbeitgeber beiderlei Geschlechts, welche das 20. Lebensjahr vollendet und im Bezirke des Gewerbegerichts Wohnung oder eine gewerbliche Niederlassung haben;
 - b) solche Arbeiter beiderlei Geschlechts, welche das 20. Lebensjahr erreicht und im Bezirke des Gewerbegerichts beschäftigt sind, oder, falls sie außerhalb dieses Bezirkes in Arbeit stehen, wohnen.
- Nicht wahlberechtigt sind Personen, welche zum Amte eines Schöffen unfähig sind, sowie Mitglieder einer Innung, für welche ein Schiedsgericht (vergleiche oben unter II) errichtet ist, und deren Arbeiter.

Als Arbeitgeber und Arbeiter gelten diejenigen Personen, auf welche die gleichen Voraussetzungen wie unter II (Wahlbarkeit der Beisitzer) Absatz 1 zutreffen.

IV. Anmeldung zur Wahlfrist.

Für die Wahlen werden die Arbeitgeber und Arbeiter getrennter Orten aufgeführt, in die alle Wahlberechtigten auf ihren Antrag eingetragen werden. Anmeldungen zur Wahl werden schriftlich oder mündlich während der Dienststunden im Weiskirchen im Arbeitszimmer des Kreisvorsitzenden, in Teuchern, Osterfeld, Schöden, Eichen und Hakenmühlen beim Magistrat sowie bei den Gemeindevorständen in Theizen und Droschitz in der Zeit vom 10. bis einschließlich 24. Februar 1921 entgegengenommen.

Nur diejenigen, welche sich rechtzeitig angemeldet haben haben Stimmrecht.

Als Ausweis bei der Anmeldung und bei der Wahl genügt für die Arbeitgeber die Mitbringung über die nach § 14 der Gewerbeordnung erfolgte Anmeldung des Gewerbebetriebes oder die letzte Quittung über Zahlung der Gewerbesteuer, welches in Verbindung mit einer Bescheinigung der Polizeibehörde, daß in dem Gewerbebetriebe mindestens ein Arbeiter regelmäßig beschäftigt wird oder einer Bescheinigung über die Anmeldung mindestens eines Arbeiters zu einer auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes errichteten Krankenkasse. Für die Arbeiter genügt ein Zeugnis ihres Arbeitgebers oder der Polizeibehörde, welches bestätigt, daß der Arbeiter in Gewerbebetriebe in Arbeit steht oder mocht.

V. Einreichung von Vorschlagslisten.

Das Wahlverfahren erfolgt nach den Grundätzen der Verhältniswahl unter vorheriger Einreichung von Wahlvorschlagslisten. Es ergeht deshalb hiermit an die beteiligten Arbeitgeber und Arbeiter die Forderung Vorschlagslisten für jede der beiden Gruppen getrennt für Arbeitgeber und Arbeiter bei dem Vorsitzenden des Wahlausschusses, Bürgermeisters Schülke in Teuchern einzureichen. Es können für solche Vorschlagslisten herbeigeführt werden, die mindestens eine Woche nach dem ersten Tage der Bekanntgabe bei dem Wahlausschuss vorliegenden eingehen. Die Vorschlagsliste soll mindestens doppelt und möglicher Weise viermal mit, von der in Betracht kommenden Wählergruppe (Arbeitgeber und Arbeiter) Beisitzer zu wählen sind. Hierbei sollen die verschiedenen Berufsgruppen (mündliche und schriftliche Wahlberechtigten) nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Die einzelnen Bewerber sind unter fortlaufender Nummer oder in sonst erkennbarer Reihenfolge aufzuführen und nach Familien- und Vornamen (Namen, Vor- und Nachname) zu bezeichnen. Ihre schriftliche Zustimmung zur Aufnahme in die Liste ist beizubringen. Die Vorschlagslisten müssen von mindestens 20 Wahlberechtigten unterschrieben sein.

Von den Untereinigten muß einer ausdrücklich als Vertreter der Vorschlagsliste bezeichnet sein. Der Unterschriften ist berechtigt und verpflichtet, den Vorsitzenden des Wahlausschusses die zur Verteilung von Ausdrücken erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die Vorschlagslisten werden nach der Reihenfolge ihres Eingangs mit Ordnungszahlen und Namen versehen und mit diesen, jedoch ohne die Namen der Untereinigten, spätestens drei Tage vor der Wahl in dem Weiskirchen Tageblatt bekannt gegeben. Dieses liegen auch nach ihrer Zulassung mit der Wahlordnung in der Gerichtsbehörden des Gewerbegerichts in Teuchern zur Einsicht der Wähler aus. Eine Verbindung von Vorschlagslisten ist unzulässig.

VI. Ausübung des Wahlrechts. Stimmabgabe.

Der Wähler darf seine Stimme nur für eine der zugelassenen Vorschlagslisten abgeben. Der Stimmzettel muß die Ordnungszahl der zugewiesenen Vorschlagslisten enthalten. An Stelle oder neben der Ordnungszahl können in den Stimmzetteln ein oder mehrere Namen der in einer zugelassenen Vorschlagsliste eingetragenen Bewerber aufgeführt werden. Stimmzettel, die unterschrieben sind, die Namen der verschiedenen Vorschlagslisten enthalten, oder deren Inhalt zweifelhaft ist, oder die eine Verzeichnung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Bewerbern enthalten, oder mit einem Kennzeichen versehen sind, sind ungültig.

Der Wähler hat seinen Stimmzettel am Wahltage in einem Wahlumhüllchen verschlossen oder offen unter Nennung seines Namens abzugeben. Die Wahlumhüllchen sind im Wahllokal in Empfang zu nehmen.

Personen, welche in die Wahlliste nicht eingetragen sind, werden von der Wahl zurückgewiesen. Teuchern, den 4. Febr. 1921. Der Vorsitzende des Gewerbegerichts und des Wahlausschusses. Schülke.

Spareinlagen nimmt bei unbedingter Sicherheit und günstiger Verzinsung entgegen. Annahmestelle des Sparkasse des Landkreises Weiskirchen Näher. Geschäftszeit 8-12 Uhr vorm., 2-6 Uhr nachm.

15-25 Mk. Arbeitsnachweis Teuchern. Antliche Maßnahme für alle offene Stellen. Geschäftszeit: 8^{1/2} bis 11 Uhr. **Gesucht werden:** 6 Mäde, 2 Anrichte nach auswärts, 1 Hausmädchen, 1 Zimmermann oder Tischler als Scheinbildner, 1 Hausmädchen für Wirtschaft nach Teuchern, 1 Sattlerlehrling, 15 jähriges Hausmädchen, 1 Sattlerlehrling nach auswärts, 12 jährige, verheiratete, einheimische, nicht unter 21 Jahre alte Agramarbeiter. **Es lassen sich:** 4 Dienstmädchen nach Teuchern, 5 Aufwartungen, 1 Tischler, 1 Schneiderlehrling, 2 Oberburschen in die Landwirtschaft, 1 Dienermädchen, 2 Arbeiterinn.

Möbelhaus Große, Leipzig verkauft Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speisezimmer, Küchen. **GrüneSeringe** empfiehlt Edo. Garnisch.

An unsere Inserenten Um eine pünktliche Fertigstellung unseres Blattes zu erreichen, müssen alle Inserate bis spätestens morgens 10 Uhr in unserer Geschäftsstelle abgeben sein. Spätere Inserate erldigen tags zuvor. **Verlag d. „Vöckensl. Anzeigers“**

- In Abänderung meiner Bestimmung vom Kreisblatt: 25. Januar ds. übrigen Blätter: 20 Januar ds. 38. betr. Verzeichnis der Wahlbezirke pp. aus dem platten Lande des Landkreises Weißenfels für die Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreisrat am 20. Februar ds. 38. bestimme ich:
- 1) im 73. Wahlbezirk, bestehend aus Gemeinde und Gutsbezirk Naucha, zum Wahlvorsteher den Gemeindevorsteher Darring, zum stell. Wahlvorsteher den Rittergutsbesitzer Jannich;
 - 2) im 74. Wahlbezirk bestehend aus der Gemeinde Reichensdorf; die Wohnung des Gemeindevorstehers Reichensdorf als Wahlraum;
 - 3) im 87. Wahlkreis, bestehend aus der Gemeinde Reichardswerben, den Wobland'schen Gutsbezirk als Wahlraum;
 - 4) im 104. Wahlbezirk, bestehend aus der Gemeinde Lehzen, zum Wahlvorsteher den Gemeindevorsteher Schwabe;
 - 5) im 116. Wahlbezirk, bestehend aus der Gemeinde Weibau, zum stell. Wahlvorsteher den Schiffsbesitzer;
 - 6) im 118. Wahlbezirk, bestehend aus der Gemeinde Wangelodoj-Graslan-Teina und Gutsbezirk Wangelodoj, den amtlichen Gasthof zur Schmiede als Wahlraum.

Die in Betracht kommenden Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher mache ich auf die Abänderung des Verzeichnisses hiermit noch besonders aufmerksam.

Weissenfels, den 5. Februar 1921. **Der Landrat.**

Betrifft: Verzeichnis der Wahlbezirke usw. für die Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreisrat am 20. Febr. 1921.

Nachstehend geben wir für die am 20. Februar 1921 stattfindenden Wahlen zum Landtag, Provinziallandtag und Kreisrat die Abgrenzung der Wahlbezirke, die Namen der von uns ernannten Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter, sowie die von uns bestimmten Wahllokale für den Bezirk der Stadtgemeinde und des Gutsbezirks Teuchern bekannt.

1. Wahlbezirk: Umfang des Bezirks: Bahnhofstraße 1-18, 25, 26 und 29, Weinbergstraße 1-7, Brodthofstraße 1-19, Grüner Weg 1-7, Weißenfelsstr. 1-16, Raumburgerstr. 1-14, Siedlungshäuser 1-44, sowie Gutsbezirk Teuchern.

Wahlvorsteher: Herr Lehrer Alstedter.
Stellvertreter: Herr Schleier Ludwig Gebhardt, beide von hier.

2. Wahlbezirk: Verthold'sche Schanzwirtschaft, Grüner Weg 1.
3. Wahlbezirk: Umfang des Bezirks: Verbindungstraße 1-6, Hofstraße 1-5, Bismarckstr. 1-16, Bergstraße 1-15, Weg nach Adßula 1, Weg nach Wesschen 1-10, Oberstr. 1-18.

Wahlvorsteher: Herr Restaurateur E. Angermann.
Stellvertreter: Herr Steiger Gast. Müller, beide von hier.

4. Wahlbezirk: Umfang des Bezirks: Markt 1-21, Oberstr. 1-16, Schornauerstr. 1-19, Steinweg 1-10, Waberstr. 1-7, Bahustr. 19-24a, 27 und 28, Weg nach Untereisse 1-4.

Wahlvorsteher: Herr Uhrmacher F. Heib.
Stellvertreter: Herr Lehrer Fischer, beide von hier.

5. Wahlbezirk: Umfang des Bezirks: Schützenstr. 1-25, Dammstr. 1-11, Untereisse 1-23.

Wahlvorsteher: Herr Glasermeister Richard Linern.
Stellvertreter: Herr Bäckermeister Rembold Alex, beide von hier.

6. Wahlbezirk: Schiefele'sche Schanzwirtschaft, Untereisse 18
7. Wahlbezirk: Umfang des Bezirks: Untereisse 29-33, Zeiserstr. 1-41, Gartenstr. 1-15.

Wahlvorsteher: Herr Marer Robert Senfmann.
Stellvertreter: Herr Lehrer Zintan, beide von hier.

8. Wahlbezirk: Gasthof zum grünen Baum, Zeiserstr. 30.
Teuchern, den 5. Februar 1921.

Der Magistrat. gez. Schäfers.

Vorliegende Bezirksbezeichnung wird mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Wahlen am Sonntag, den 20. Febr. stattfinden.

Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vorm. und endigt um 6 Uhr nachmittags.

Teuchern, den 5. Februar 1921.
Der Magistrat. Schäfers.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder.

Aus der Stadt Teuchern sowie aus den gautische eingeschulten Schulbezirken Teuchern und Lagnitz-Gutsbezirk, sowie den Gemeinbezirken Ruhndorf, Lagnitz, Kuntbal) werden diejenigen Eltern, Vormünder und Erzieher, deren Kinder und Pflegekinder in der Zeit vom 1. Oktober 1914 bis 30. September 1915 geboren sind, hierdurch aufgefordert die Kinder zur Schule anzumelden.

Die Anmeldungen sollen am Sonntagen d. den 12. Febr. von 8-10 Uhr für Knaben und 10-12 Uhr für Mädchen im Restoratorium am Steinweg erfolgen.

Die Anmeldungen sind möglichst von den Eltern oder ihren Stellvertretern zu erlassen. Zunamen und Vornamen des Kindes sowie der Eltern bzw. ihrer Stellvertreter, Geburtsort und Geburtsort des Kindes sind anzugeben, der Zutritt eines Kindes von allen Kindern und ein Taufnachweis von nicht in Teuchern getauften Kindern ist vorzulegen.

Erwünscht sind ferner Angaben, ob das anzumeldende Kind an Kinderkrankheiten gelitten und davon nachweisliche Folgen zurückgelassen sind, sowie ob es mit irgend einem körperlichen oder geistigen Fehler behaftet ist.

Die Eltern, Vormünder und Erzieher solcher Kinder aber, die zwar nach ihrem Alter schulpflichtig werden, jedoch wegen Kränklichkeit oder sonstiger körperlicher oder geistiger Gebrechen einer Schule nicht oder nicht rechtzeitig zugelassen werden können, werden gebeten, Anträge hierüber unter Beifügung eines ärztlichen Zeugnisses bis längstens zum Schulschluß zu erlassen.

Es muß außer dem Namen des Vaters auch der der Mutter angegeben werden.

Teuchern, den 10. Februar 1921.
Langenkamp, Rektor.

Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2
Konfirmanden-Anzüge
in grosser Auswahl bei
Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2

Rauchklub Tulpe
Teuchern.
Sonntag den 13. Februar 1921
grosser
Volksmaskenball
im Gasthof zum arünen Baum
mit verschiedenen Ueberraschungen.
Anf. 4 Uhr nachm. Entloß d. Masken 6 Uhr
Domestierung 8 Uhr
Die zwei schönsten Herren u. Damenmasken
jeweils d. schönsten Parteien werden prämiert.
Das Tragen wirklicher Waffen ist nicht gestattet.
Wir laden die geehrte Einwohnerschaft von Teuchern
und Umgegend herzlich ein.
Der Festausschuh.

Lichtspiele Weisse Wand
Achtung! 3 Tage. Achtung!
Freitag, d. 11. Sonnabend d. 12. u. Sonntag, d. 13. Febr.
laufen 2 wunderbare Schlager mit dem bekannten Filmschauspieler von
„Tötet nicht mehr.“ In der Hauptrolle **Johannes Nemann**
Niemand weiss es
Ein hochinteressantes Drama mit einer aufsehenerregenden Gerichts-
verhandlung vor der deutschen Staatsanwaltschaft.
Dazu:
DIE MORPHINISTEN
Drama eines Giftmischers in 5 Akten.
Ich mache meine werte Kunstschaff von Stadt und Land darauf auf-
merksam, dass es zwei erstklassige Schlager sind und ich jedem den Besuch
nur empfehlen kann. Beachten Sie ausgehängte Photos.
Es wird gebeten, nach Möglichkeit die erste Vorstellung zu besuchen
um den zu erwartenden Abendandrang zu entlasten.
Vorführung 5³⁰ und 8¹⁵.
Sonntag 2 Uhr Kindervorstellung.

Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2
Einen Posten
Sammetreste und Stoffe
passend für Kinderanzüge, Blusenröcke und Hosen
empfehlen
Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2

Mein **Tanzstunden-Abschieds-Kränzchen** findet **nicht am 12. Febr.**
sondern **Dienstag, den 22. Februar**
statt.
Beck, Tanzlehrer.

1 schwarzer **Anzug** ist zu verkaufen. Zu erfragen in der Expedition ds. Bl.
Eine Fuhre **Dünger** abgegeben
Abb. d. d. Teuchern.

Verein deutscher Schäferhunde
Ortsgruppe Teuchern.
Sonntag, den 9. Febr. 21.
nachm. 3 Uhr im **Gasthof zur Sonne**
Berfammlung
Der Vorstand.
Versammlung.
Donnerstag, den 10. Febr.
abends 8 Uhr bei Herz-
hold. Die passiven Mit-
glieder sind hiermit freundlichst
eingeladen.
Der Vorstand.
Ein **Läuferhahn**
passend zur Zucht, und
eine Fuhre Dünger
zu verkaufen. Zu erfragen in
der Exp. ds. Bl.

Otto Berthold's Restaurant.
Sonntag, den 13. und Montag, den 14. Februar
Grosser Preisstkat.
Anfang an beiden Tagen nachmittags 4 Uhr
Für Speisen und Getränke ist gesorgt.
Es laden herzlich ein
Otto Berthold

Markt 19. **G. Schütze's Restaurant.**
Sonntag, den 13. Februar
Grosser Preisstkat.
ff. **Bockbier.** Für warme und kalte Speisen
ist bestens gesorgt.
Es laden ergebenst ein
Rab Komitee. Der Bier

Freitag zum Wochenmarkte
blutfrische grüne
Heringe
mittelgroß 4-5 Stück aufs Pfund,
feinste
Fettbücklinge
empft. hlt. billigst
Becker.

Ein gut erhaltener
Korbkinderswagen
ist zu verkaufen bei
Frau Grünwald
Königsb. Krauschig Nr. 24.
Sandstrahmaschine
(120 Mark) verkauft
Zintan, Zeiserstr. 10.

Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2
Allerhand
Möbel- und Polsterwaren
kauft man billig bei
Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2

Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2
Konfirmanden-Anzüge
in grosser Auswahl bei
Markt 2 **Albin Schieke** Markt 2

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Deutschnationale Volkspartei. Teuchern.

Freitag den 11. Febr, abends 8 Uhr im Gasthof zum Löwen

öffentliche Versammlung.

Redner: Die Kandidaten zur preußischen Landtagswahl:

Herr Sanitätsrat Dr. Richter, Zeit über

Die kommenden Wahlen

und Herr Gärtnereibesitzer Horn, Silenburg über

Der Mittelstand im neuen Deutschland.

Alle Wähler und Wählerinnen aus Teuchern und Umgegend sind hierzu freundlichst eingeladen.

Freie Aussprache.

Stadtverordneten-Sitzung

am Donnerstag, den 16. Februar 1921
nachmittags 4 Uhr.
Teuchern, den 7. Februar 1921.
Schwarz, Stadtverordneten-Vorsitzer.

Alte Sozialdem. Partei Teuchern und Umgegend.

Am Sonnabend, den 12. Febr. abd. 8 Uhr
findet im Hotel zum Löwen
eine große öffentliche
Wahlversammlung

statt.

Genosse Gutsbeil v. Hollenser-Kypke spricht über: Der 20. Februar Preußens Großwahltag

Im Anschluß an den Vortrag freie Aussprache.
Die gesamte Bevölkerung von Teuchern und Umgegend
wird zu dieser Versammlung ergebenst eingeladen.

Die Ortsleitung der S. D. D.

Einheitsverband d. Kriegsbesch. u. Hinterbliebenen Ortsgruppe Teuchern.

Es sind noch folgende Sachen vorhanden:

**Hemden, Unterhosen,
Krankenkäntel, Herrenan-
züge, Herrenulster
Leibbinden.**

Die Färlinge hat die Preise jetzt heruntergesetzt u. können
Sachen von j. beermann zu j. der Zeit gekauft werden.
Fid. Hermann.
Bergstr. 8.

Zum Pfannkuchenbaden empfehle ich:

**la. Palmöl,
la. helles Speiseöl,
feinstes Pfannkuchensau.
Rob. Näther.**

Zur Frühjahrsbestellung

empfehle:

Deutschen Kothlee feidfrei
Provencer Luzerne feidfrei
Eckendorfer Rübenkerne
gelb und rot Elitefaat
Grasamen

f. rner:

Als Frühjahrsdünger
Ammoniak - Superphosphat
Kalifalz
Kaliammonsalpeter
Ferd. Gresse.

ff. gepökelten Schweinskopf

Pfd. 13 Mk.

ff. Fettleber- und Blutwurst Pfd. 15 Mk.

ff. russ. Salat mit Rosonnaisse Pfd. 13 Mk.

ff. Hühner- und Putzschwarzwurst Pfd. 10 Mk.

ff. junges Ochsenfleisch usw.

empfehle

Paul Hergert.

Bank für Handel und Industrie.

Niederlassung Weissenfels a. S.
(Darmstädter Bank.)

Friedrichsplatz 10-12. Telefon 85.
Postcheckkonto Leipzig 106402.

Unsere Depositen-Abteilung nimmt

Spareinlagen

in jeder Höhe zu günstiger Verzinsung ent-
gegen.

Ferner empfehlen wir uns zur

Erladigung sämtlicher bank-
mässigen Geschäfte.

Teuchern. Hotel z. Löwen.

Gastspiel des Zeiger Stadttheaters
Donnerstag, den 10. Februar, 8 Uhr.
Operetten, **Neuheit!** Mit Musik!
Der ersten Liebe goldene Zeit
Billetsverkauf Hotel zum Löwen.

Restauration Gröben.

Sonnabend, den 12. Februar
Sonntag, den 13. Februar

großer Bodbierrummel u. Pfannkuchenschmaus.

Für gute Unterhaltung und B. dinnung ist
bestens gesorgt.

A. Arlt.

Haushaltkernseife

Riegel zu 250 Gr. und 300 Gr.

Hochwertiges Seifenpulver, Feinste Transparent-Schmierseife

empfehle billigst

Rob. Näther.

Dienstag nachts 12 Uhr entschlief nach
langen schweren Leiden mein lieber Mann,
unser guter Vater, Schwinger- und Grossvater

Ernst Krebs

im vollendeten 56. Lebensjahre.
Dies zeigt tiefbetrubt an

Hedwig Krebs

im Namen aller Hinterbliebenen.
Rippicha, Teuchern, Cöln.

Echtheit, Druck und Verlag von Otto Wieser, Teuchern.

Beilage zu Nr. 18 des „Wöchentlichen Anzeigers“ für Leuchern und Umgegend.

Donnerstag, den 10. Februar 1921.

Zur Lage.

Deutschland schickt 75 Millionen Francs nach Paris.

Paris, 7. Febr. Wie der „Matin“ meldet, liefen mit dem regelmäßigen Berliner Zug aus dem Nordbahnhof vier Waggons mit 24 Tonnen Goldmark = 75 Millionen Francs, die auf sechs Lastautomobilen verladen und zur Bank von Frankreich gebracht werden. Es handelt sich, wie von der Verwaltung der Bank von Frankreich erklärt wurde, um eine deutsche Sendung für gemeinsame Rechnung der alliierten und assoziierten Regierungen, d. h. zu Händen der Währungsuntersuchungskommission.

Empfang der Empfang des ersten deutschen Dampfers in Buenos Aires. Dem Dampfer „Argentinia“ der Hamburg-Südamerikanische Linie, der als erstes deutsches Schiff nach dem Krieg in den Hafen von Buenos Aires einlief, wurde ein großartiger Empfang bereitet. Sechs Hofdampfer mit Tausenden von Personen waren dem Schiff entgegengefahren und glichen es von der Reederei in den Hafen, wo es von sämtlichen argentinischen Schiffen und einer riesigen Menschenmenge begrüßt wurde. Ein argentinischer Regierungsdampfer und die Kriegsschiffe „Sarmiento“ und „Chico“, die über alle Topen gesalut hatten, ergaben das deutsche Schiff durch doppelten Salut. Auf dem Deck des „Chico“ stand die ganze Besatzung in Paradeaufstellung, und als das deutsche Schiff erschien, brachen die argentinischen Salute stürmische Hurra's aus.

Wie man 40 Millionen verlor. Der Branntweinagent Martin Cohen, der wegen Befehlungen gegen die Wackergesetz von einem Wobn verurteilt wurde, ist gegen eine Kaution von 750 000 Mk. vom Untersuchungsgefängnis nach einem Canaoium freigegeben worden. Die Verurteilung und Entlassung des der Anrechnungsbefehl haben ebenfalls Aufsehen erregt wie seine damalige Verurteilung Cohen, der erst 32 Jahre alt ist, und obgleich er in mehreren Jahren an der freien Gefangenschaft seiner Kaufmannschaft in Talent durch gewisse Umstände behindert war, hat er seinen eigenen Ruin in den letzten Jahren etwa 40 Millionen Mark verlor.

Provinz und Nachbarstaaten.

Wasserhaken, 6 Febr. (Die vortretende Hofsch. wirtsch. fang.) Dieser Tage trat hier an den Stadtrat eine Sitzung zur Abgabe an Viehhalter ein, der plan-

mäßig zur Verteilung kam. Zwei der Empfänger fanden in einem Sack einen Zettel mit den Worten: Für diesen Hafer wurden mir 20 Mark 50 Pfennig bezahlt, bitte mir mitzutelen, zu welchem Preis er Ihnen abgegeben wurde. Die beiden haben dem Schreiber, einem Gutsbesitzer im Erzgebirge, mitgeteilt, daß der Preis des Hafers von der Reichsgetreidestelle mit 160 Mark anzurechnen wurde, mit der Nacht stellte sich der Zinmer auf 175 Mark.

Der Verleger der Leipziger „Fackel“ verhaftet. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft Leipzig wurde der Herausgeber des Senationsblattes „Die Fackel“, deren letzte drei Nummern auf Grund des Sittlichkeitsparagrafen beschlagnahmt worden waren, wegen verschiedener Straftaten, durch die eine ganz Anzahl Personen finanziell geschädigt sind, verhaftet.

Der Reichsernährungsminister für die freie Wirtschaft. Reichsminister Dr. Henckes hielt in der Hamburger Handelskammer eine längere Rede, die darin gipfelte, daß die freie Wirtschaft das unverrückbare Ziel seiner Politik sei. Grundsätzlich müsse er den Plan eines Einfuhrmonopols ablehnen. Ebenso sei er grundsätzlich Gegner der Verbilligungsaktionen, die künstliche Gebilde im Wirtschaftsleben schufen und nur im Übergangsstadium Berechtigung hätten. Es werde an die Monopolstellung irgendeiner Organisation gedacht. Es kamen dann die Vertreter der verschiedenen Interessengruppen zu Worte, die alle auf mögliche Freigabe des Handels drängten. Aus den Erwidrerungen des Ministers ging hervor, daß er zurzeit nicht allen Wünschen gerecht werden könne. Insbesondere sei an einen Abbau der Zuzwangswirtschaft zurzeit nicht zu denken, doch sei die allmähliche gänzliche Beseitigung der Zwangswirtschaft der leitende Gedanke seiner Politik.

Die Washingtoner Arbeiterschutzbestimmung. Ein Gesetzentwurf der Regierung über die Ratifizierung des auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Washington abgeschlossenen Übereinkommens über Arbeiterschutzbestimmungen lag am Dienstag dem sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates vor. Es handelt sich in der Hauptsache um Bestimmungen, die in Deutschland schon längst Gesetz sind, wie 8-Stunden-Arbeitstag, bezw. 48-Stunden-Arbeitswoche, Verbot der Nachtarbeit der Jugendlichen. Nur die Bestimmungen über Wöchnerinnenschutz gehen über die in Deutschland geltenden hinaus, als sie eine Unterstützung für 12 Wochen verlangen, das Beschäftigungsverbot auf das Handelsgewerbe ausdehnen und die Arbeitsniederlegung schon 6 Wochen vor der Niederkunft er-

möglichen. Der Vertreter der Regierung ergab Bedenken gegen diese Bestimmung, doch der Ausschuss empfahl der Regierung mit allen Stimmen gegen die der Arbeitgeber, das Übereinkommen zu ratifizieren.

Freiwillige Ausschüsse für Vieh- und Fleischverkehr. Bald nach Ausbezug der Zwangswirtschaft für Fleisch traten in Hannover Vertreter der Landwirtschaft, des Handels und der Verbraucher zusammen, um aus sich heraus eine Organisation zu schaffen, die die Auswüchse im Vieh- und Fleischverkehr bekämpfen, besonders aber auch die gegenseitige Vereinarbeitung der Preisbildung in erträglichen Grenzen halten sollte. Sehr bald wurden auch in verschiedenen Teilen des Reiches solche Ausschüsse durch freiwillige Zusammenarbeiten von Erzeugern, Handel und Verbrauchern eingesetzt, unter anderem in Westfalen, Altpreußen, Braunschweig und Hessen. Es lag auf der Hand, daß diese Maßnahmen nur hier und da getroffen würden, der Zweck völlig verfehlt sei. Das Fleisch würde z. B. wenn in einem solchen Gebiete Vereinbarungen getroffen würden, die Erzeugern und Verbrauchern nicht genehm wären, in freie Nachbargebiete strömen. Es schwebte zur Zeit Erwägungen, die zu einer großen Einheitlichkeit in der ganzen Organisation führen sollen. Ausschalten wird sich voraussichtlich sicher Süddeutschland. Das Hauptgewicht jeder Tätigkeit der Organisationen wird auf die mögliche Verhinderung von Auswüchsen im Vieh- und Fleischverkehr zu legen sein. Man wird das Augenmerk vor allem darauf zu richten haben, daß sich die Preisbildung nicht in unnormalen Bahnen vollzieht, was aber bei den sinkenden Fleischpreisen nicht mehr die große Bedeutung wie früher hat, sodann auf die Schlusseinfrage und die Frage des Verhältnisses zwischen Vieh- und Fleischpreisen.

— Berliner Produktenmarkt vom 8. Februar. Frühmarkt. Amlich. Selber Platamais 100 Waggon 153, Futtermittel 129 frei Waggon Berlin. — Notierungen im freien Handel: Mais Februar 144—145, März 140, Roggenstroh 18—22, Weizenstroh 19—21, Maschinenstroh 18—19, Hafer 28—29, Weizenheu 29—30, Heuboden 30—33, Kleehheu 36—39, Widen 160—165, Pelmägen 110—115, Ackerbohnen 110—125, Viktoriaerbsen 120—135, Heine Kofkererbsen 115 bis 125, Futtererbsen 120—135, Runkelrüben 7—8,50, Kohlrüben 8—9,50, Möhren rot 15—16, gelb 13—14, Scradella 50—60, Lupinen 50—75, Naps 240—250, Leinfaat 260 bis 290 für 50 Kilo ab Verladeestation.

* Was bei uns möglich ist. Vor kurzer Zeit machte es großes Aufsehen, daß mehrere hundert Waggonsladungen Druckpapier, das so unerhört teuer ist, als Klopierpapier ins Ausland verschoben werden konnte. Dazu erfährt man jetzt, daß für die Ausfuhr von Papier „nur“ drei zuständige Umsetzungen, darin jede mit mehreren Dezernenten, bestehen, von welchen nicht einmal



